

DIESE GRÜNEN!



DIE SANIERUNG DER L 419 IST SINNVOLL -

■ EIN AUTOBAHNÄHNLICHER AUSBAU JEDOCH NICHT



Eine Sanierung der Parkstraße in Ronsdorf ist sinnvoll, allerdings soll die vorhandene Verkehrsfläche dabei nicht vergrößert werden. Das Verkehrsaufkommen zwischen Lichtscheid und der Blombachtalbrücke steigt seit Öffnung des Tunnels Burgholz kontinuierlich an. Mit der Ansiedlung von Gewerbe an der Parkstraße, dem Bau des Jugendgefängnisses und den geplanten drei wei-

teren Landeseinrichtungen wird sich dieser Trend noch verstärken. Daher ist es richtig, die L 419 zu ertüchtigen und sie auf den vorhandenen Flächen ggf. auch dreispurig auszubauen. Allerdings lehnen die GRÜNEN einen autobahnähnlichen Ausbau ab. Ein solcher Ausbau der L 419 würde für die BürgerInnen in Ronsdorf eine unerträgliche Lärm- und Luftbelastung

bedeuten. Um umweltschädigendem Stauverkehr zu den Stoßzeiten zu begegnen und den berechtigten Belangen der Ronsdorfer Bevölkerung und Wirtschaft gerecht werden zu können, ist die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Parkstraße/Staubenthaler Straße sinnvoll. Auf Anfrage der GRÜNEN zur zukünftigen Verkehrsbelastung hat die Stadt-

verwaltung 2008 so geantwortet: „Für die auf Grundlage der Straßenverkehrszählung (SVZ) 2005 ermittelten bestehenden Verkehrsbelastungen von ca. 40.000 Fahrzeugen pro Tag im Bereich Kreisel Lichtscheid - Staubenthaler Straße wurden Steigerungen der Verkehrsbelastung von nahezu 75 % nach kompletten Ausbau der L 419 (Netzlückenschluss mit durchgehender Verbindung A 46 – A 1) für das Jahr 2020 prognostiziert. Für den Bereich Staubenthaler Straße bis Erbschlöer Straße, der mit ca. 25.000 Fahrzeugen pro Tag belastet ist (begrenzte Kapazität durch 2-Streifigkeit), wurden Zuwächse von knapp 100 % nach Netzlückenschluss mit durchgehender Verbindung A 46 – A 1 für das Jahr 2020 prognostiziert.“

Die Folge des vierspurigen Ausbaus ist also mehr Verkehr und trotzdem Stau – eine Lösung der Probleme vor Ort bringt dies voraussichtlich nicht. GRÜNE Politik steht für Verkehrskonzepte, die das Verkehrsaufkommen auf den Straßen senken und auf den Ausbau der Schiene und den öffentlichen Personennahverkehr setzen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende, die Stadt hat sich festlich herausgeputzt, die Ferien stehen vor der Tür, wir alle können uns mehr Zeit zum Lesen nehmen.

Wir haben wieder interessante Themen für Sie herausgesucht: Wir geben Ihnen einen Sachstand über die Bemühungen um die sechste Gesamtschule, erklären Ihnen, weshalb es in den nächsten Jahren keinen Bezirksjugendrat gibt. Wir berichten, dass die rot-grüne Landesregierung Nothaushaltskommunen wie Wuppertal mit einem Altschuldenfonds unter die Arme greifen will und über den Versuch, das Schauspielhaus als Kulturstätte zu retten. Wir wünschen Ihnen eine angelegte Lektüre, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

AUF WIEDERSEHEN, BEZIRKSJUGENDRAT!

■ INTERVIEW MIT AMINA FERATI

Am 04. November beschloss der Jugendhilfeausschuss: statt der Bezirksjugendräte wird es für die nächsten zwei Jahre einen gesamtstädtischen Jugendrat mit 30 Mitgliedern geben. Obwohl alle 17.600 potenziellen KandidatInnen angeschrieben wurden, gab es statt der notwendigen 64 nur 53 Bewerbungen für die Bezirksjugendräte.

Die GRÜNEN bedauern, dass sich so wenige Jugendliche beworben haben. Eine seit Jahren erhobene Forderung lautet, dass analysiert werden muss, weshalb es so mühsam ist, mehr Jugendliche zum Engagement in ihrer Bezirksvertretung zu bewegen.

Vielleicht liegt es daran, dass vielen SchülerInnen durch die Verkürzung des Abi auf 12 Jahre zu wenig Zeit bleibt, sich für Politik zu interessieren, vielleicht liegt es auch an einer wachsenden Politikmüdigkeit, vielleicht unterstützen aber auch Schulen die Wahlen zum Bezirksjugendrat nicht genug. Diese und andere Fragen müssen innerhalb der nächsten zwei Jahre beantwortet werden, das bisherige Konzept der Bezirksjugendräte muss auf den Prüfstand gestellt und Alternativen geprüft werden. Für die Zukunft gilt es zu schauen, welche Formen der Partizipation Jugendliche ansprechen, damit ihre politische Beteiligung mehr bleibt als ein Feigenblatt. Dafür müssen ihre Erfahrungen in den letzten Jahre mit eingebracht und kri-

tisch hinterfragt werden. Wir dürfen nichts unversucht lassen, um Jugendliche zum politischen Engagement zu ermutigen. Besonders die bisherigen Bezirksjugendräten müssen gefragt werden, was ihnen gefallen hat und was nicht gut gelaufen ist. Wir haben Amina Ferati interviewt, die in der Bezirksvertretung Elberfeld Bezirksjugendrätin war.



Liebe Amina, die Suche nach genügend neuen Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl eines Jugendrates auf Bezirksebene ist ja nun leider gescheitert. Woran hat es gelegen?

Amina: Um ehrlich zu sein, weiß ich es nicht. Ich finde es schade, dass sich so wenige Jugendliche beworben haben. Heutzutage ist es schwer, sich für die

Politik zu interessieren. Die PolitikerInnen versprechen zwar viel, aber ob sie ihre Versprechen auch umsetzen, ist eine andere Frage. Ich habe das Gefühl, das sich einige Jugendliche viel mehr für andere Sachen interessieren als für die Politik. Könnte an mangelndem Interesse liegen, dass sich so wenige dafür beworben haben.

Rückblickend auf deine Tätigkeit als BJR: Wie hast Du die PolitikerInnen in deiner Bezirksvertretung empfunden? Hat man euch und eure Themen ernst genommen und unterstützt? Gab es da Unterschiede in den einzelnen Bezirken?

Die Politikerinnen in meiner Bezirksvertretung waren sehr nett und freundlich. Unsere Themen wurden ernst genommen und wir wurden auch von der Bezirksvertretung unterstützt. Man hat uns immer als erste dran genommen und die Politiker und Politikerinnen haben uns auch über unsere Projekte, sozusagen, ausgefragt. Sie zeigten großes Interesse an unseren Projekten, meiner Meinung nach. Natürlich gab es Unterschiede zwischen den Bezirken, das kommt auf die PolitikerInnen an.

Wie sehen andere Jugendliche dein Engagement?

Naja, am Anfang wussten sie selber nicht, was die Bezirksjugendräte sind (ich ja auch nicht). Dies änderte sich mit

der Zeit. Ich erzählte meinen Freunden und meiner Familie davon und von den Projekten die wir geplant hatten und sie waren schon beeindruckt. Auf einmal fanden sie das nicht so langweilig. Sie waren begeistert von den Sachen die ich mit den BJR gemacht hatte und erstaunt, was Jugendliche für Projekte auf die Beine bringen können.

Wie siehst Du die Unterstützung der Schulen für die Bezirksjugendräte, insbesondere bei den Wahlen? Konntet ihr als BJRler euer Programm in den Schulen vorstellen?

In meiner Schule hat es wunderbar geklappt. Wir wurden von meiner ehemaligen Direktorin unterstützt. Wir haben unser Programm in der Schule gut vorstellen können, und die Jugendlichen zeigten sich begeistert und stellten auch viele Fragen.

Nun soll es - zumindest für zwei Jahre - einen Jugendstadtrat geben. Bisher gab es einen städtischen Jugendrat. Jeder Bezirksjugendrat entsandte zwei Delegierte in diesen Jugendrat. Wie siehst Du die Erfahrungen mit dem gesamtstädtischen Jugendrat?

Ich weiß nicht was sagen soll, ich war nicht im Jugendrat, ich war in der Bezirksvertretung. Jedoch weiß ich von den anderen BJR's, dass der Jugendrat, so wie der war, funktioniert hat. Jeder konnte berichten, was in seinem/ihrem Bezirk so los ist.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Atomkraftwerke,
Castortransporte und
das Bergische Land

Seite 2
Ideen zur Zukunft
der Wuppertaler Bühnen

Seite 4
IKEA, Outlet-Center und Co.:
„Wohlfühlende Prüfung“

Seite 5
Gastbeitrag: Inklusion als
Pflichtaufgabe

Seite 6
Vorgestellt: Udo Schramm,
Fraktionsassistent

GASTKOMMENTAR: KEIN ATOMMÜLLENDLAGER IN GORLEBEN!

■ VON DR. HERMANN OTT, WUPPERTALER ABGEORDNETER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND KLIMAPOLITISCHER SPRECHER DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Die Erkundung des Salzstocks in Gorleben ist eine Geschichte der Vertuschung und Manipulation. Immer wieder sind zunächst auf massiven Druck der regierenden CDU in Niedersachsen und später der schwarz-gelben Bundesregierung kritische Passagen aus den verschiedenen Gutachten entfernt worden. Fakt bleibt aber: die Tondeckschicht über dem Salzstock in Gorleben ist nicht dicht.

Die Gefahr, dass hochradioaktive Lauge ins Grundwasser oder noch weiter in die Biosphäre gelangt, ist unverantwortbar hoch. Wir GRÜNEN haben immer wieder betont, dass wir selbstverständlich ein Endlager für unseren eigenen Atom Müll in Deutschland finden müssen (und eben nicht in Russland oder anderswo, wo unsere Sicherheitskriterien nicht gelten) – aber: Gorleben ist definitiv nicht geeignet.



Foto: Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion

Eine weitere Erkundung als Endlager verbrennt mit dem nun verabschiedeten Atomgesetz und dem aktuellen Haushalt völlig unnötig Millionen Steuergelder. Denn die Gutachten, dass Gorleben als Endlager nicht geeig-

net ist, existieren ja bereits! Die Suche muss also weiter gehen – ohne dass Gutachten verfälscht und geschönt werden. Durch die weitere Erkundung des ungeeigneten Salzstocks wird die notwendige offene Suche wieder um

ein paar Jahre verschoben.

Die Demonstration am 06. November war aber nicht nur ein Zeichen des Widerstands gegen die schwarz-gelben Endlagerphantasien in Gorleben, sondern sie war auch eine klare Willensbekundung: Wir wollen keine Atomenergie mehr in unserem Land! Mit der Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke werden nun nicht nur die Taschen einiger Manager und Lobbyisten der Energiekonzerne obszön viel voller – schlimmer: wir werden für 4000 Tonnen mehr radioaktiven Müll ein Endlager finden müssen, das bisher auch in der übrigen Welt noch nicht gefunden ist! Was mich zudem geradezu fassungslos macht, ist, dass mit der Laufzeitverlängerung die Bundesregierung eine der größten zivilisatorischen Leistungen in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich den im Konsens beschlossenen friedlichen

Ausstieg aus der unfriedlichen Atomenergie, ohne jegliche Not einfach rückgängig gemacht hat.

Umso motivierender war die Demonstration in Gorleben! Ich habe es genossen, dass so viele verschiedene Menschen zusammen gekommen sind, um dieser Atompolitik ihr Veto entgegen zu stellen. Schon die Ankunft in Dannenberg war geradezu symbolisch: nachdem die Hinfahrt im Dauerregen verlaufen war, brach plötzlich die Sonne hinter den Wolken hervor und bescherte uns einen wundervollen hellen Herbsttag. Die Proteste waren – bei aller Dramatik des Anliegens – phantasiereich, fröhlich und gewaltfrei. Ein voller Erfolg also, der mir Energie gegeben hat, weiterhin mit Leidenschaft und Verstand die unsägliche Atompolitik der schwarz-gelben Regierung zu entlarven als das was sie ist: unverantwortlich!

ATOMKRAFTWERKE, CASTORTTRANSPORTE UND DAS BERGISCHE LAND

■ DER HEISSE HERBST LIEGT HINTER UNS, DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR!

Die Anti-Atom-Bewegung ist wieder da, stärker denn je. Nachdem die Bundesregierung den vier großen Atomkonzernen RWE, E.ON, Vattenfall & EnBW mit der Aufkündigung des Atomkonsenses ein überdimensioniertes Klientelgeschenk in Form von Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke überreicht hat, sind die Bürgerinnen und Bürger empört. Die Proteste gegen den Castortransport nach Gorleben zeigen deutlich den Widerstand quer durch die Gesellschaft. Unverfrorener kann ein gesellschaftlicher Konsens, der 2000 mit großer Kraftanstrengung geschlossen wurde, nicht aufgekündigt werden. Diese rückwärts gerichtete Politik wird eine Menge Konsequenzen auslösen, auch im Bergischen Land. Viele Stadtwerke haben nach 2000 damit begonnen, in Energietechnologie zu investieren, haben sich an Kraftwerken beteiligt oder in erneuerbare Energien investiert. Der Ausblick auf das Ende der Atomkraftwerke führte zu wirtschaftlichen Investitionen und Planungen. Die Laufzeitverlängerungen machen viele dieser Investitionen nun unwirtschaftlich. Eine große Zahl an

Stadtwerken befürchtet ökonomische Nachteile, hat ihren Unmut geäußert und bereits im Vorfeld der unsehligen Entscheidung an die schwarz-gelbe Bundesregierung appelliert, den Atomkonsens nicht aufzukündigen. Die Wuppertaler GRÜNE Ratsfraktion unterstützte diesen Protest und forderte die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) auf, sich an diesem Protest zu beteiligen. Fehlanzeige, vermutlich verhinderte der Einfluss des WSW-Anteilseigner GdF-Suez - selbst Atomkonzern - die Kritik an der atomindustriefreundlichen Bundesregierung. Darüber hinaus drängt sich mehr denn je die Frage auf, wie sinnvoll jetzt die Beteiligung der WSW am Neubau des Kohlekraftwerks von GdF Suez in Wilhelmshaven nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ist.

Nicht nur die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Stadtwerke, die in Kohlekraftwerke investiert haben, sind relevant für das Bergische Land, auch der Ausbau Erneuerbarer Energien. Das GRÜNE Energiekonzept „Energie 2050“ (www.gruene.de/einzelansicht/artikel/die-zukunft-ist-erneuerbar.html) macht deutlich: Die Zukunft

ist erneuerbar!

Die Energiepolitik steht vor epochalen Herausforderungen: Klimawandel, wachsender Energiehunger und zunehmende Rohstoffknappheit müssen gleichzeitig gelöst werden. Nur wenn wir konsequent auf die drei „E“, s, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen setzen, können wir uns bis 2050 komplett auch von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas unabhängig machen.

Trotz der falschen Energiepolitik der jetzigen Bundesregierung und der WSW-Beteiligung an einem neuen Kohlekraftwerk denken wir an die Zukunft.

Die Bergischen GRÜNEN haben die Kampagne „100% erneuerbare Energie Region Bergisches Land“ aus der Taufe gehoben. Das Bergische Land vom Kreis Mettmann über Remscheid, Solingen und Remscheid, dem Oberbergischen und Rheinisch-Bergischen Kreis bis nach Leverkusen bietet ein Potenzial an Erneuerbarer Energie für ein neues Wirtschaftsfeld, das Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet. Ganz klar ein doppelter Gewinn für die Bergische Region!

HOFFNUNG TROTZ FINANZKRISE

Die Verschuldung Wuppertals wird weiter steigen. Jedes Jahr kommen bis zu 200 Mio. Euro hinzu, wenn nicht Land und Bund endlich helfen.

Die rot-grüne Landesregierung hat dazu ihren „Aktionsplan Kommunal Finanzen“ vorgestellt. Die Kommunen werden noch in diesem Jahr ihren Anteil an der Grunderwerbssteuer von jährlich 130 Millionen Euro zurückerhalten, der ihnen seit 2007 vom Land vorenthalten wurde.

Gleichzeitig werden sie nicht mehr mit jährlich 166 Millionen Euro an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligt. Anfang 2011 soll ein Gutachten des Professors Junkernheinrich aus Saarbrücken Maßnahmen für weitere Schritte nennen.

Die Eckpunkte sind: Der Bund soll sich stärker an den Sozialausgaben der Städte beteiligen, mindestens zur Hälfte. Die Städte müssen weiter sparen und ihre jährliche Neuverschuldung senken. Das Land soll übergangsweise eine Hilfe zur Sanierung der Haushalte der stark verschuldeten Städte geben, den bereits oft genannten Entschuldungsfonds. Über den Fonds soll ein Ausgleich zwischen den reichen und

den armen Kommunen in NRW erfolgen. Nach sechs Jahren wären die Städte aus dem Größten raus. Von einer kommunalen Einkommensteuer hält Prof. Junkernheinrich nichts, weil es zu Verteilungsgerechtigkeiten kommt. Die starken Städte könnten versucht sein, durch Steuersenkungen noch attraktiver zu werden. Und ausgerechnet die schwächeren Städte müssten die Steuern hoch halten, um überhaupt ihre Ausgaben bestreiten zu können.

Die neue Regierungspräsidentin in Düsseldorf, Anne Lütke, machte bei einem Besuch in Wuppertal Hoffnung, dass die Restriktionen im Personalbereich bald entschärft werden und den Kommunen mehr Entscheidungsspielraum bei der Personalplanung gegeben wird. Die Voraussetzung sei, dass die angekündigten Landeshilfen für die Städte kommen, die Stadt ihren strikten Sparkurs beibehält und der Bund zur Entlastung der Städte bei den Sozialausgaben beiträgt.

Zum Jahresende sehen wir ein Lichtlein am finanzpolitischen Horizont. Bis zum Sonnenaufgang steht uns noch ein langer Weg bevor.

IDEEN ZUR ZUKUNFT DER WUPPERTALER BÜHNEN

■ KULTUR(PAUSCHALE) SCHAFFEN

Es bleibt dabei, die GRÜNE Ratsfraktion bekennt sich zu dem architektonisch herausragenden Schauspielhaus und wird alles daran setzen, es in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten. Aus diesem Grunde wird die Ratsfraktion in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt im Dezember einen Antrag einbringen, der dieses Ziel noch einmal bekräftigt. Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Land einzutreten, um die Einführung einer Kulturpauschale analog der Sportpauschale für investive Mittel zu erreichen.

Warum eine Kulturpauschale?

Wenn Wuppertal nicht wie die Stadt Mönchengladbach enden will, die in bester Innenstadtlage seit acht Jahren

ein leer stehendes Theater hat, muss die Stadt Wuppertal investieren können. Wie Kulturdezernent Matthias Nocke anlässlich der Podiumsdiskussion im Schauspielhaus erklärte, kostet alleine das leer stehende Gebäude 1,5 Millionen Euro im Jahr, um es zu sichern. Wer einmal das Schauspielhaus vom Keller bis zum Dach besichtigt hat, wird den Fachleuten zustimmen, dass hier ein Sanierungsbedarf von sieben bis zehn Millionen Euro besteht. Erneuert werden müssten die Bühnentechnik, der Brandschutz und die Elektrik - um nur einige Defizite zu nennen. Nur wird der Investitionsetat der Stadt seitens der Bezirksregierung gedeckelt und somit scheidet die Möglichkeit Sanierung zur Zeit aus. Von den Sportlern siegen lernen ist die



andere Seite der Medaille.

Trotz aller Haushaltsbeschränkungen hält die Landesregierung daran fest, der Stadt Wuppertal die Sportpauschale in fester Größe seit ihrem Bestehen weiterhin zu zahlen. Mit dieser

festen dauerhaften Einnahme hat die Sportverwaltung zusammen mit den Vereinen Erstaunliches erreicht, denn jeder Verein, der ein plausibles durchgerechnetes Konzept hat, wird in die Prioritätenliste aufgenommen, die

Schritt für Schritt abgearbeitet wird.

Eine solche Möglichkeit brauchen wir auch für die Kulturlandschaft in Wuppertal. Wenn wir die Sparte Schauspiel dauerhaft retten wollen - und dafür wollen wir uns auch beim Land einsetzen - brauchen wir auch die dauerhafte Investitionshilfe der „Kulturpauschale“. Diesen Weg dahin wollen wir transparent gehen, das heißt die Verwaltung soll im Kulturausschuss regelmäßig berichten, wie die Verhandlungen mit dem Land stehen.

Dann können die Ratsfraktionen mit ihren Landtagsfraktionen Rücksprache nehmen. Wir meinen, das ist ein gangbarer Weg, der beschritten werden muss mit dem Ziel, das Schauspielhaus als öffentliche Kulturstätte zu erhalten.

QUO VADIS STADTHALLE?

■ FÜR MEHR BÜRGERINNEN-BETEILIGUNG



Während die Diskussion über die Zukunft des Wuppertaler Schauspielhauses bis nach Düsseldorf schallt, bleibt das Schicksal der ebenfalls gebeutelten Stadthalle vergleichsweise unbemerkt. Fakt ist, dass auch die Stadthalle einer ungewissen Zukunft entgegen trudelt.

Hier hat die Finanzkrise ihre Spuren hinterlassen – und die Krise der kommunalen Kassen. Dies liegt an der Doppelfunktion der Stadthalle: Einerseits ist sie ein professioneller Veranstaltungsort, der wirtschaftlich arbeitet. Da fällt es schmerzlich ins Gewicht, wenn im vergangenen Jahr viele Unternehmen gespart haben und einfach weniger Veranstaltungen buchten. Andererseits ist sie aber auch ein kultureller Veranstaltungsort mit reduzierten Preisen. Hier spielt das Wuppertaler Sinfonie-Orchester, die Wuppertaler Orgelglocke – und die Wuppertaler Vereine und Verbände haben einen repräsentativen Ort für ihre Tagungen. Kultur ist immer ein Gewinn und die Basis unseres Gemeinwesens.

Hier prallen also wirtschaftliche Interessen auf kulturelle Ambitionen. Dabei war – im Vergleich zu anderen Hallen in Deutschland – der städtische Zuschuss immer schon gering. Jetzt ist die Stadthalle finanziell in Nöten. Obwohl sich das kommerzielle Geschäft langsam erholt, ist es fraglich, ob es ohne Erhöhung des städtischen Zuschusses weitergehen kann. Zunächst schafft

ein radikales Sparprogramm ein wenig Luft – aber die Stadthalle braucht ein neues, tragfähiges Konzept. Wobei hier nicht der gleiche Fehler wie beim Schauspielhaus gemacht werden darf: Nämlich eine lange Blockadehaltung der Stadt, nach dem Motto „Was nicht geht, geht nicht.“

Diese Haltung wird, so scheint es, glücklicherweise etwas aufgebrochen. Durch die breiten Proteste wird ein gemeinsamer Diskussionsprozess mit BürgerInnen, KünstlerInnen sowie Politik und Verwaltung angestoßen, der eine von allen getragene Lösung ermöglicht. Eine solche öffentliche Beteiligung wäre auch für die Stadthalle ein kluges Vorgehen, um neue Perspektiven zu entwickeln.

NACHRUF

Wir trauern um unseren Freund und langjährigen Weggefährten Michael Hohagen. Er hinterlässt eine sehr große Lücke als Mensch und Politiker. Seit den 80er Jahren hat Michael sich für die Wuppertaler Grünen engagiert und unsere Partei politisch und menschlich stark geprägt. Bis zum März dieses Jahres führte er die Partei fast zehn Jahre als ihr Sprecher und war über alle Parteigrenzen hinweg sehr geschätzt. An seine Herzlichkeit, sein Engagement für die Schwächsten in unserer Gesellschaft und seine Integrität werden wir uns immer erinnern. Wir sind traurig und empfinden Dankbarkeit für all das, was Michael uns und anderen gegeben hat. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Töchtern und seiner Familie. Wir werden ihn vermissen und nie vergessen.



PORTRÄT: KALLE WALDINGER UND DAS RONSdorFER ROCKPROJEKT

Silberjubiläum des jüngsten deutschen Rockfestivals...

Klingt nach einem Widerspruch, doch das „jüngste“ Rockfestival ist es ja auf jeden Fall, denn nirgendwo sonst erlebt man 250 Kinder und Jugendliche in einem siebenstündigen Programm auf einer professionellen Bühne – in der Wuppertaler UNI-Halle ist das jeweils im Januar eine Tatsache. Und das Ganze dann vor fast 4.000 jungen und jüngsten Besuchern – die würden in den Musik-Clubs keinen Einlass finden, und bei den großen Open Air Konzerten sind stets die Erwachsenen in der Mehrheit. In Wuppertal rocken die Kids für die Kids...

Und weil das alles seit 25 Jahren ohne Unterbrechung so passiert, darf sich das „jüngste“ deutsche Rockfestival auch das „älteste“ nennen, denn nur ganz wenige Rockfestivals können schon auf 25 Jahre Geschichte zurückblicken...

Unsere Idee:

Kinder und Jugendliche aller Schulformen – von der Grundschule bis zum Abitur – planen gemeinsam ein professionelles Konzert mit jährlich im Schnitt 4.000 Zuschauern. Neben den professionellen Mitarbeitern (Bühnentechnik, Sanitätsdienst, Security) arbeiten mehrere hundert Kinder und Jugendliche bei diesem Event mit: Schulsanitätsdienst, technische Helfer auf und neben der Bühne, Organisations-Assistenten im Bereich Catering, Transport, Werbung, Kartenverkauf...

Und 250 Kinder und Jugendliche tre-

ten im Rahmen des Festivals auf. Die Bands kommen nicht nur aus Wuppertal und dem Bergischen Land, sie kommen aus NRW und aus anderen Bundesländern. Jährlich sind internationale Gastbands eingeladen.

Mit den Schülerbands haben wir, mit Unterstützung der GRÜNEN, bereits 5 CDs gegen Gewalt und Rassismus produziert. Mit Liedern/Texten aus der Sicht der Jugendlichen. Schon die erste CD sorgte für Furore: Ein anonymes Anrufer quatschte auf den Anruferantworter des Ronsdorfer Rockprojekts seine Hasstiraden gegen Ausländer, die Cassette gab ich dem jungen deutsch-italienischen Musiker SardoG – dieser schnitt diese „Original-Zitate“ in einen Rap, wobei er die Anwürfe des Xenophoben ironisch und schlagfertig konterte.

Die Stimme des Anrufers bleibt also

der Nachwelt erhalten, er kann nicht einmal dagegen klagen, denn ihm würde ja eine Anzeige ins Haus stehen, wenn er seine Identität preisgeben würde. Beim NRW-Jugendwettbewerb wurde zum 10jährigen Gedenken an den Brandanschlag in Solingen erhielt SardoG mit diesem Lied den ersten Preis. Auf Einladung des Goethe-Instituts sind mehrere unserer jungen Bands in 4 Kontinenten live aufgetreten. Ziel: Den Jugendlichen in den Partnerländern ein aktuelles Bild von der deutschen Jugend vermitteln. Das Image der „schwierigen“ deutschen Sprache abbauen helfen – durch gemeinsames Singen von Liedern, Briefkontakte, Mails, Aktionen... In den Lehrwerken für Deutsch als Fremdsprache sind weltweit Lieder/Texte unserer Bands abgedruckt. Darunter viele Lieder zur Umweltzerstörung, wie z.B. das Lied

„Meeresstille“ von Pilos Puntos: Das gleichnamige Goethe-Gedicht wird in der 2. Strophe umgeformt zu einer Warnung vor atomarer Verseuchung... In den Schülerbands, welche wir für das jährlich stattfindende Festival auswählen, sind Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund selbstverständlich integriert. Mädchen und Kinder aus sozial schwachen Familien werden gefördert. Der Verein stellt Leihinstrumente zur Verfügung und übernimmt Gebühren für Instrumentalunterricht.

Das Jubiläum am 22. Januar 2011:

Am 22. Januar 2011 ist es wieder soweit: talentierte Newcomer treffen auf routinierte Local Heroes. Professionelle Gäste aus dem In- und Ausland runden das Programm ab.

Mit dabei ist z.B. die Kölner Mädchenband „THE BLACK SHEEP“ – alternative Rock, melodischer Gesang, coole Bühnenpräsenz. „Positiv, frisch und extrem talentiert“ schreibt die Fachpresse, das Musiklabel Roadrunner nahm die 4 unter Vertrag, und mit ihrem Debütalbum „NOT PART OF THE DEAL“ sind sie 2011 auf Tour. www.theblacksheep.de

Aus Prag kommen CHARLIE STRAIGHT zum Schüler-Rockfestival, im November waren sie im Rahmen der EMA-Verleihung von MTV überall zu sehen – als beste Newcomer-Band Europas nominiert. Ihr sehr britisch wirkender Pop-Rock erinnert an „Muse“ – sie gelten als Geheimtipp mit großer Zukunftschance. www.charliestraight.com Wuppertal ist besonders stolz auf

CRUSHHOUR – diese Gruppe gewann den Deutschen Pop-/Rockpreis in der Kategorie „ROCK“ – und davon verstehen die 5 Jungs wirklich eine Menge. Ausdrucksstarke, energiegeladene Bühnenshow, harte Riffs, filigrane Soli, fette Beats und immer wieder überraschend melodische Vocals sind das Erkennungszeichen dieser Band. www.crushhour.net

Aber ganz besonders freuen sich die Festival-Besucher auf die talentierten Kinderbands: Hörsturz und Lichtecht – um nur 2 zu nennen... Die Feier beginnt um 16:30 Uhr, und wer bis 22:30 Uhr durchhält, erlebt dann am Abend gegen 20:00 Uhr eine Auswahl professioneller Bands und Künstler, von denen einige aus dem Schülerfestival hervorgegangen sind – wie z.B. CONTRADICTION. Shuttlebusse der Stadtwerke fahren ab 15:30 vom Hauptbahnhof zur Uni-Halle und abends wieder zurück... Die Karten für das Schüler-Rockfestival kosten 9,- Euro, gibt es unter www.schueler-rockfestival.de Telefon-Hotline 0202 307183

Kontakt:

Kalle Waldinger, 1. Vorsitzender Ronsdorfer Rockprojekt - Verein für Jugend und Kultur e.V. Einern 140, D-42279 Wuppertal Germany www.ronsdorfer-rockprojekt.de www.schueler-rockfestival.de Phone: +49 (0) 202 307183 Mobile: +49 (0) 172 2637837 Fax: +49 (0) 202 316564



Foto: Jo Budde

VORGESTELLT: GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE

MEHR FARBE AN DER BUW

Seit Mai diesen Jahres gibt es eine Grüne Liste an der Bergischen Universität Wuppertal, doch sie kommt nicht allein: zusammen mit den Freibeutern entstand das Bündnis Freibeuter und GRÜNE. Gemeinsam konnte unser farbenfrohes Bündnis das Listenspektrum unserer Uni erweitern und ein umfangreiches Programm ausarbeiten.

Diese Idee zahlte sich aus: Nach einem etwa zweiwöchigen Wahlkampf konnten wir im Juni (mit sechs! von 21 Mandaten) als stärkste Kraft in das Studierendenparlament einziehen.

Ein Wermutstropfen bleibt dennoch: Dieses Jahr erreichte die Wahlbeteiligung der Studierendenschaft unserer Pendler-Uni mit gut 8% einen neuen Tiefstand.

Wie in vielen Bereichen der Politik, ist es auch an der Uni Wuppertal ein Problem, zahlreiche Menschen zu erreichen, zu politisieren oder gar zu motivieren „ihre Welt“ an der Hochschule selbst aktiv mitzugestalten. Wie wir diesen Zustand ändern können, bleibt nach wie vor eine unserer Leitfragen. Denn das Korsett des Bachelor/Masters oder der Spagat zwischen Studium und Nebenjob kann doch nicht allein das Desinteresse für den eigenen Uni-Lebensraum ausmachen.

Dennoch freuen wir uns, knapp 250 Studierende mit unserem Programm und Personal überzeugt zu haben.

Der uns damit übertragenen Verantwortung stellen wir uns gerne und hoffen, durch eine gute parlamentarische Arbeit auch das Vertrauen der Studierendenschaft in ihr höchstes beschlussfassendes Gremium zurück-



zugewinnen. Bereits in der ersten Sitzung haben wir dieser Verantwortung, mit der Stellung der neuen StuPa-Präsidentin, Rechnung getragen.

An einer konkreten Umsetzung unseres Wahlprogramms arbeiten wir seit der Wahl kontinuierlich. So haben wir einen Arbeitskreis initiiert, der sich mit der Realisierung einer Photovoltaik-Anlage auf den Dächern der Universität beschäftigt (Hilfe von extern ist gerne gesehen). Eine weitere Forderung ist die Abschaffung der Studienbeiträge für besonders benachteiligte Studierende (wie z. B. Studierende mit Kind) mit Wirkung zum kommenden Sommersemester. Im NRW weiten Vergleich bietet die Uni Wuppertal diesbezüglich die schlechtesten Konditionen. Außerdem hoffen wir auf eine baldige Änderung der Gebührenordnung durch den Senat.

An der Nominierung des INDECT-Projektes für den „Big Brother Award“ waren wir beteiligt und haben Werbung für die Mobilisierungsver-

anstaltung zum Castortransport in der „börse“ gemacht. Die Verhandlungen bezüglich einer AStA-Beteiligung sind nun, nach anfänglichen Schwierigkeiten, erfolgreich abgeschlossen. Gemeinsam mit den JuSos und der Liste Lira ist nun ein neuer und tatkräftiger AStA bestellt. Diesbezüglich freuen wir uns besonders, dass wir die erfahrene Sprecherin der GRÜNEN Jugend Wuppertal für das Ökologiereferat im AStA gewinnen konnten.

Obwohl wir uns als parteipolitisch unabhängiges Bündnis begreifen, freuen wir uns über anregende Kooperationen, die uns in unserem Anliegen unterstützen, die Uni Wuppertal zu einem gerechteren, ökologischeren und freieren Studienstandort und Arbeitsplatz zu gestalten.

Schaut doch einmal bei uns vorbei: www.freibeuter-und-gruene.de

Es grüßen herzlich das Bündnis Freibeuter & GRÜNE der Bergischen Uni Wuppertal.

DÖPPERSBERG –

EINE VISION WIRD WIRKLICHKEIT

Sichtbare Schritte zum neuen ÖPNV-Knotenpunkt

Auf wenn die Realisierung des Döppersbergs noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird, zeigen sich jetzt die ersten Vorboten der Großbaustelle. Für die GRÜNEN, die die Planungen für den Döppersberg von Anfang an positiv begleitet haben, steht fest: wir brauchen dringend eine Verbesserung des Busbahnhofes und Bahnhofsumfeldes und Wuppertal braucht ein Eingangstor, dass unserer Stadt gerecht wird.

In den kommenden Jahren steht erstmal ein hoffentlich geordnetes Baustellenmanagement auf dem Programm. Unter www.doeppersberg.de können sich die BürgerInnen jederzeit über den aktuellen Stand informieren. Zusätzlich gibt es im gelben Info-

Pavillon direkt am Döppersberg Pläne, Broschüren und natürlich AnsprechpartnerInnen, die bei Fragen helfen. Die Stadt hat eine Hotline unter 0202-563-9007 geschaltet. Einblicke in die Baustelle gibt es von einer Webcam, die auch über die Döppersberg-Homepage angeklickt werden kann (Blickachse vom Sparkassengebäude).

Vor allem für die NutzerInnen von Bus und Bahn wird es ab dem Jahr 2011 Neuerungen geben. Veränderungen bei einigen Buslinien und erste Umstellungen im Bereich Wall wegen vorbereitender Kanalbauarbeiten werden schon bald spürbar werden.

Wir GRÜNEN werden dieses Vorhaben gern begleiten und sicherlich an der einen oder anderen (Bau-)Stelle auch kritische Anmerkungen machen, wenn es erforderlich wird. Wir wünschen allen Beteiligten viel Erfolg.



ORTSTERMIN KAISERMEILE

GRÜNE INFORMIEREN BÜRGERINNEN UND BÜRGER



Anfang Oktober lud die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen mit der Stadtteilgruppe Vohwinkel zu einem Spaziergang entlang der geplanten Kaisermeile ein.

Ca. 40 Interessierte waren gekommen, um sich ein Bild von den Planungen zu machen. Unterstützt von den Ausführungen eines Vertreters der Stadtverwaltung erläuterten Anja Liebert, Stadtverordnete und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, und Klaus von Zahn von der Stadtteilgruppe die Pläne des Investors Clees.

Vom Lienhardplatz bis zur ehemaligen Eissporthalle soll die Kaiser-Meile entstehen. Auf rund 26.000 Quadratmetern Fläche sind neue Büros, Ladenlokale, Wohnungen, Arztpraxen, Parkplätze und ein großer „Kaufland-

Supermarkt“ im ehemaligen Eislaufzentrum geplant.

Sowohl die Tatsache, dass mit dem Kaufland ein Verdrängungswettbewerb innerhalb des Lebensmittel-Einzelhandels in Vohwinkel befürchtet wird als auch das zu erwartende hohe Verkehrsaufkommen wurden thematisiert. Alternative Planungen sind nicht in Sicht. Es gibt nur den einen Investor und der will klotzen, nicht kleckern. Die Idee, stattdessen attraktive Wohnbebauung zu entwickeln, die auch für Menschen interessant wäre, die in Düsseldorf arbeiten, wurde formuliert und fand durchaus Zustimmung. Im Bürgerbahnhof Vohwinkel hatten die TeilnehmerInnen des Ortstermin anschließend Gelegenheit, die Pläne der Stadtverwaltung einzusehen und Fragen zu stellen.

IKEA, OUTLET-CENTER UND CO.

„WOHLWOLLENDE PRÜFUNG“

Stadtentwicklung sieht anders aus

Das regionale Einzelhandelskonzept konstatiert dem Bergischen Städtedreieck einen dringenden Bedarf an zusätzlichem Einzelhandel im Bereich Möbel. Vor diesem Hintergrund erscheint die Anfrage des Ikea-Konzerns geradezu als Glücksfall, sich im Wuppertaler Norden ansiedeln zu wollen.

Ikea

Ob sich die Ansiedlungspläne Ikeas tatsächlich positiv für Wuppertal und die umliegenden Städte herausstellen werden, steht allerdings noch in den Sternen. Es bleibt abzuwarten, ob Ikea tatsächlich Arbeitsplätze schaffen wird oder nur die Arbeitsplätze gefährdet, die die Fertigaussstellung heute vorhält, auf deren Fläche Ikea bauen möchte. Abzuwarten deshalb, weil nicht geklärt ist, ob Ikea überhaupt und wenn ja in welcher Höhe Gewerbesteuer in Wuppertal zahlen wird. Abzuwarten deshalb, weil völlig unklar ist, wie die zusätzlichen Verkehre sowohl über die A 46 als auch innerstädtisch zu bewältigen sind.

Und abzuwarten deshalb, weil bisher kein Konzept vorliegt, ob sich ein Ikea-Homepark mit einer zusätzlichen Verkaufsfläche für innenstadtrelevantes Nebensortiment von 25.000 qm neben der ohnehin geplanten mit dem Einzelhandel der umliegenden Innenstädte in Einklang zu bringen ist. In einem Gutachten, das jetzt in seinen

ersten Grundzügen vorliegt, ist regional abzustimmen, ob die Innenstädte Barmens, Elberfelds, aber auch Remscheids, Schwelms oder Sprockhövels neben Ikea bestehen können oder in die Knie gehen mit der Folge, dass die Innenstädte weiter veröden und von Billigkaufhäusern und 1-Euro-Märkten beherrscht werden.

Allein die Überlegung, dass der Ankermieter der Rathausgalerie in den Homepark Ikeas umziehen könnte, macht deutlich, was für Elberfeld und für ganz Wuppertal mit einer Genehmigung der Ikea-Planung auf dem Spiel steht.

Outlet-Center in Remscheid

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Investorenanfrage für das sogenannte Gewerbegebiet „Blume“ in Remscheid-Lüttringhausen, auf dem der Betreiber des Outlet-Centers in Roermond ein weiteres Center mit einer Gesamtfläche von 150.000 qm bauen möchte. Auch hier muss vorab gemeinsam besprochen werden, ob sich das Outlet-Center mit dem Sortiment des Remscheider Einzelhandels in der Alleestraße vereinbaren lässt oder ob nicht doch am Ende die ohnehin schon leidende Innenstadt Remscheids von dem Outlet-Center leer gezogen wird. Und diese Frage ist zusätzlich für Wuppertal, Solingen und alle anderen umliegenden Städte entscheidend. Wie wichtig diese regionale Abstimmung für die umliegenden Innenstädte ist, zeigt der Beschluss des Solinger

Rates, der sich zum Schutz der Solinger Innenstadt einmütig und vehement gegen die Ansiedlung eines Outlet-Centers in Remscheid ausspricht.

Stadtentwicklung wuppertalerisch

Und Wuppertal? Der Wuppertaler Oberbürgermeister hat sich mehrfach, zuletzt in einem WDR-Interview, für eine „wohlwollende Prüfung“ der Outlet-Center-Planungen durch die Stadt Wuppertal ausgesprochen. Dafür allerdings erwartet er auch im Gegenzug bei der regionalen Abstimmung der Ikea-Ansiedlungsplanungen eine wohlwollende Prüfung seitens der Stadt Remscheid. In einer Art Kuhhandel soll allem Anschein nach abgestimmt werden: Ihr bekommt das Outlet-Center, dafür bekommen wir Ikea. Auf der Strecke bleibt der ortsansässige Einzelhandel und damit die Innenstädte.

Wir GRÜNEN sind fest davon überzeugt, dass jedes Projekt für sich alleine steht. Entweder gefährdet es den Einzelhandel, damit die Innenstädte, die Arbeitsplätze und letztlich die Gewerbesteuereinnahmen oder nicht. Durch regionale Kompensationsgeschäften sind diese Fragen nicht zu beantworten.

Und mit Hilfe von Kompensationsgeschäften lassen sich die Bergischen Innenstädte nicht für die Zukunft entwickeln. Das ist ein Missverständnis unserer Stadtspitze, allen voran unseres Oberbürgermeisters.

WO BLEIBT NUMMER SECHS?

■ NIEMAND HAT DIE ABSICHT, KEINE GESAMTSCHULE ZU BAUEN

Gelassen wolle die große Koalition im Stadtrat die Errichtung einer sechsten Gesamtschule in Wuppertal prüfen. So zumindest äußerte sich in der Ratssitzung am 15. November eine Schulpolitikerin der SPD, in der es um das Versprechen von SPD und CDU ging, eine zusätzliche Gesamtschule zu bauen. Zumindest galt dieses Versprechen vor der Kommunalwahl.

Im Februar 2008 nämlich fasste der Rat mit den Stimmen von CDU, SPD und GRÜNEN einen Grundsatzbeschluss, der die Errichtung einer neuen Gesamtschule beinhaltete und die Verwaltung mit der Prüfung und Umsetzung beauftragte.

Drei Einschränkungen, die allerdings damals nicht so sehr im Mittelpunkt der großkoalitionären Diskussion standen, führen heute dazu, dass das Vorhaben auf die lange Bank geschoben wird:

1. Grundlage für den Grundsatzbeschluss war der am gleichen Tag vorgestellte Schulentwicklungsplan für weiterführende Schulen. Dieser enthielt keinerlei Aussagen über die Entwicklung der Gesamtschulen und ließ daher den beiden großen Parteien genug Spielraum, um sich auf diesem Feld zu profilieren (dass mit dem gleichen Konzept zwei bestehende Schulstandorte geschlossen wurden, fiel da gar nicht mehr groß auf). Für alle anderen Schulen wurde zusätzlich ein Bestandschutz bis 2014 zugesichert.

2. Auch wenn die SPD heute behauptet,

sie hätte schon 2008 auf die möglicherweise langwierige Umsetzung des Vorhabens hingewiesen, ist dergleichen nicht belegbar. Vielmehr wurde erst nach und nach bekannt, dass das damals von der CDU geführte Schulministerium nicht nur der Gründung einer Gesamtschule ablehnend gegenüberstand (was nicht weiter wichtig gewesen wäre), sondern auch den Ganztagsbetrieb nicht genehmigen würde. Dass die Wuppertaler CDU dies nicht schon früher auf dem kurzen, parteiinternen Dienstweg in Erfahrung bringen konnte, ist auszuschließen.

3. In unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Ratsentscheidung machte Kämmerer Dr. Slawig in einem Interview mit der Westdeutschen Zeitung deutlich, dass für einen Neubau einer zusätzlichen Gesamtschule kein Geld zur Verfügung stünde. Das hätte man allerdings in der großen Koalition vorher schon ahnen können.

Wäre es den beiden Mehrheitspartnern wirklich ernst gewesen mit einer zusätzlichen Gesamtschule, hätten sie schon im Vorfeld Einfluss auf die Schulentwicklungsplanung nehmen können. Im Dezember 2007 wurde ein Antrag der GRÜNEN mit den Stimmen der großen Koalition im Rat abgelehnt, der die Berücksichtigung einer Ausweitung des Gesamtschulangebotes im Rahmen der Schulentwicklungsplanung forderte und die Verwaltung darum bat, mögliche Standorte für eine neue Gesamtschule zu prüfen. Wäre dieser Antrag angenommen worden, hätte schon mit

der Veröffentlichung des SEP 2008 ein Standort präsentiert werden können. Aber er kam ja von der falschen Fraktion. Seit Jahr und Tag werden immer wieder Standorte diskutiert und bestehende Schulstandorte genannt, die alle räumlichen Voraussetzungen für eine Gesamtschule mit Ganztagsangebot bieten, jedoch: es fehlt der Mut (und in der letzten Konsequenz wahrscheinlich auch die Bereitschaft der CDU, die Entscheidung wirklich mitzutragen).

Jetzt tragen die beiden großen Fraktionen den Grundsatzbeschluss wie eine Monstranz vor sich her. Aber was bringt ein Grundsatzbeschluss, wenn er den Betroffenen nichts nutzt?

Selbst wenn sich die Politik in Wuppertal wirklich eines Tages dazu aufrufen sollte, diesen Beschluss umzusetzen, würde die Errichtung einige Jahre benötigen. Ab 2014 gerechnet (also dem Datum, an dem der Bestandschutz für die Wuppertaler Schulen ausläuft) braucht es mindestens noch zwei Jahre bis zur Eröffnung. Dann werden acht Jahre ins Land gegangen sein, das ist eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern. So ernst scheint man es im Rathaus mit dem Elternwillen also nicht zu nehmen. Gelassen möchte sich die große Koalition mit diesem Thema befassen. Über 1.500 Kinder wurden seit 2008 trotz einer Anmeldung nicht an Wuppertaler Gesamtschulen aufgenommen. Bis zum Jahr 2014 werden wohl noch einmal rund 2.000 Kinder an der Schulform ihrer Wahl abgewiesen. Wohl dem, der da noch gelassen ist.

PRESSBURGER TREPPE WIRD SANIERT

SCHÖNER UND SICHERER ZUM PLATZ DER REPUBLIK

Lange Zeit galt sie als Schandfleck: Die Preßburger Treppe von der Gathe zur Paradestraße. Häufige NutzerInnen nennen sie auch die „Pissburger Treppe“, weil sich Männer dort gerne mal erleichtern. Die um 1895 erbaute Treppe, mit 133 Stufen die zweitlängste Treppe in Wuppertal Ostersbaum, wird endlich saniert.

Wichtigste Ziele der Maßnahme sind die Entschärfung der vorhandenen Angsträume, die Verbesserung der Einsehbarkeit und damit der sozialen Kontrolle entlang des verwinkelten Treppenlaufes, die Aufwertung des Erscheinungsbildes der Treppe sowie die Stärkung der Identifikation der

BewohnerInnen mit der Treppe. In der Bezirksvertretung Elberfeld wurde Anfang November ein Modell vorgestellt. Mikadostäbchen, mehrere Meter lang, verteilen sich auf dem Absatz auf halber Höhe. Das Treppenkunstkonzept von Diemut Schilling wurde im Jahre 2009 mit dem Robert-Jungk-Preis aufgezeichnet.

Die Baukosten werden 383.000 Euro betragen. Die Bauzeit inkl. Mitmachprojekt wird voraussichtlich 4 Monate betragen. Die Treppenanlage wird ab Baubeginn (geplant März 2011) drei Monate gesperrt.

Wir freuen uns auf eine verbesserte Fußwegverbindung zum Platz der Republik.

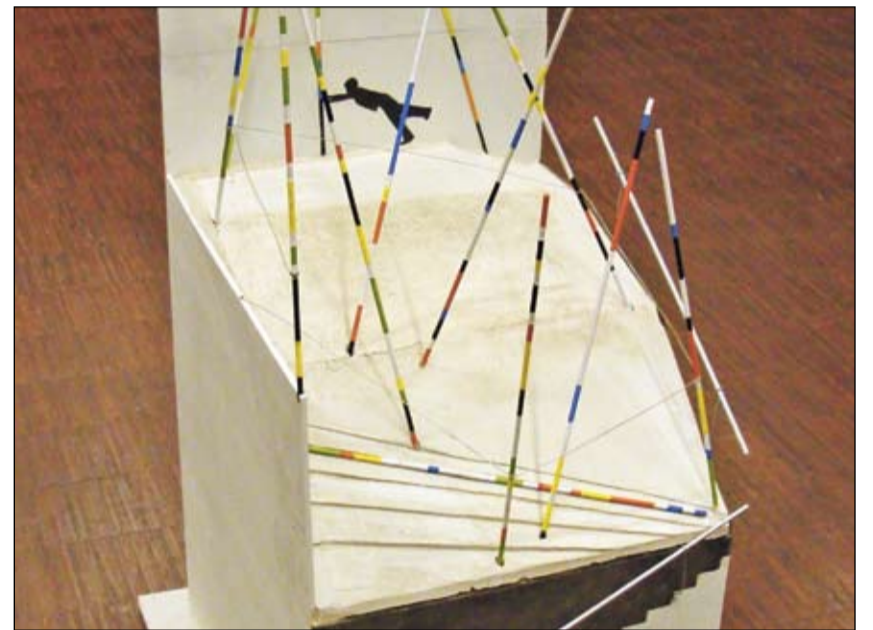


Foto: Diemut Schilling

GASTBEITRAG VON GOTTFRIED PAUL-ROEMER

■ INKLUSION ALS PFLICHTAUFGABE

Seit gut drei Jahren geistert der Begriff „Inklusion“ durch die Republik. Viele Bürger, aber auch Politiker wissen nicht genau was es heißt, ... „Menschen mit Handicap zu inkludieren“. Somit gilt es zu klären, was Inklusion in der Behindertenhilfe genau bedeutet und was wir in Wuppertal für Menschen mit Behinderung verbessern müssen.

Die allgemeine Übersetzung des Wortes „Inklusion“ lautet wenig spektakulär „Einschließung, Einschluss“. Die internationale Begrifflichkeit von Inklusion beinhaltet, bezogen auf Menschen mit Behinderung, die Erfüllung folgender Wertmaßstäbe (soziale und pädagogische Definition): Einschließen als Gegenteil von Ausgrenzen, Einbeziehen, gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen, soziales Miteinander, Respekt und Toleranz sowie Anerkennung von Menschen in ihrem „Anderssein“ und den Auftrag, diesen Menschen ein gemeinsames Lernen und Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

In Prinzip geht es um die vorurteilsfreie Anerkennung der vollen Rechte von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft.

Inklusion fordert, dass jegliche Diskriminierung ausgeschlossen wird, stattdessen soll die Individualität und das „Anderssein“ eines jeden Menschen gleichwertig anerkannt werden. Zugegeben, die Verwirklichung von Inklusion stellt hohe Ansprüche an unser aller Wertesystem und Menschenbild,

da es bedeutet, behinderte Menschen überall einzubeziehen, ihnen und anderen tagtäglich zu zeigen, dass sie selbstverständlich dazugehören, volle Teilhaberechte erhalten und sich überall in die Gesellschaft einbringen können. Damit sprengt der Begriff Inklusion unser bisheriges Verständnis von Integration. Jeder Mensch hat Fähigkeiten und Talente, denen wir Entfaltung geben müssen, auch um der Pflicht willen, das wir Nichtbehinderte uns anpassen und mit Menschen mit Handicaps wertschätzend umzugehen lernen.

Der alte Begriff „Integration“ ist „verbrannt“, da er zumeist im rehabilitativen Sinne eine Anpassungsleistung oder Eingliederung vom „Sonderling“ einfordert, mit den bekannten gescheiterten Ansätzen z. B. auch in der Integration von Migranten oder Strafgefangenen. Nun sind wir als Gesellschaft gefordert, uns unsererseits zu entwickeln und Menschenrechte ohne Ansehen von Handicaps allen Mitbürgern zu gewähren.

Inklusion wurde zu einem wichtigen Thema, da 2009 die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung (BRK) in Deutschland in Kraft trat. Diese Konvention räumt diesen Menschen ein umfassendes Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Lebensbereichen wie Bildung, Gesundheit, Arbeit und auch Freizeit ein. Die Konvention wird auf der einen Seite von

Menschen mit Behinderung, betroffenen Eltern und Sozialverbänden als Meilenstein gefeiert, auf der anderen Seite aber von Politikern, Verwaltungsmitarbeitern und Lehrern als unerfüllbare und nicht rechtskräftige Wunsch- und Wertvorstellung abgelehnt, was jedoch juristisch nicht haltbar ist.

Durch die Ratifizierung im Bundestag ist das Recht auf Inklusion geltendes Bundesrecht geworden, welches für ganz Deutschland gilt und unmittelbar von den Ländern und Kommunen umgesetzt werden muss. Ein Verharren und Abwarten auf einschlägige Änderungen der Landesgesetzgebung oder entsprechender Verordnungen ist rechtswidrig und menschenverachtend.

Hier wollen wir exemplarisch darstellen, was die Stadt Wuppertal diesbezüglich umzusetzen hat, bzw. wo bislang der Maßstab der UN-Konvention nicht erreicht wird.

Bildung - niemand darf vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden

Ein inklusives Bildungssystem fordert für die Schüler mit Behinderung, dass sie nicht mehr als behindert kategorisiert (!) werden dürfen, sondern mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und in ihrem „Menschsein“ vorurteilsfrei angenommen werden müssen. Es gilt der Satz, alle Kinder brauchen Förderung, egal ob körper-, geistig- oder lernbehindert, allen muss das allge-

meinbildende (Regel-)Schulsystem offen stehen, ein Abschieben in eine homogene Ghettoschule, die Zwangsverbringung in eine Sonderschule, ist eine Menschenrechtsverletzung.

Einschätzung: in der Elementarbildung hat die Stadt Wuppertal durch die integrativen Kindertagesstätten Fortschritte gemacht, jedoch ist „Gemeinsames Lernen“ in den Schulen nach wie vor stark ausbaufähig. In dem Maße wie schulische Integration ausgebaut wird, müssen Sonderschulen geschlossen werden. Gesundheitsvorsorge und Frühförderung sind ebenfalls weiterzuentwickeln.

Recht auf eine barrierefreie (zugängliche) Umwelt

Barrierefreiheit meint nicht nur den Rollstuhlfahrern eine Rampe zu bauen oder einen Lift einzurichten, sondern auch Gehörlosen wie Sehbehinderten oder Blinden visuelle, akustische oder taktile Leitsysteme zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe ist nicht damit erledigt, eine barrierefreie Schwimmbad- oder einen Kulturpalast „Oper“ modern einzurichten. Alle öffentlichen Gebäude und Versammlungs-orte sowie der ÖPNV müssen barrierefrei gestaltet werden.

Recht auf Zugang zur Arbeitswelt

Ausbildung und Arbeit werden für Behinderte oftmals in Maßnahmen und/oder Behindertenwerkstätten organisiert. Dies beschreibt Ausgren-

zung. Es sind mehr Anstrengungen nötig, auch Menschen mit ausgeprägter Lern-Leistungsminderung in Betrieben des 1. Arbeitsmarktes zu qualifizieren und zu beschäftigen. Konzepte und Förderinstrumente sind dafür bereits geschaffen.

Weitere Baustellen sind das „Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben“, Gleichberechtigung in Sport und Freizeit, sowie das „Recht auf Kinder“ auch für Menschen mit Behinderung, notfalls in Form einer „begleitenden Elternschaft“. Die Konvention stärkt auch die Rechte von Frauen und Kindern. Sie geht explizit auf das Problem der doppelten Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen ein.

Eine umfassende „to-do-Liste“ kann der geneigte Leser beim Beirat der Menschen mit Behinderung anfordern.

Inklusion ist eine große Aufgabe, es gilt Barrieren in den Köpfen zu überwinden. Inklusion ist eine soziale Geisteshaltung die vielen Menschen schwer fällt, in Teilen sogar überfordert. Gleichwohl hat der zivilisierte Rechtsstaat dieses Menschenrecht zu verbürgen.

Gottfried Paul-Roemer, Dipl.-Soz.Wiss.
AgenturSozial
Schreinerstr. 16
42105 Wuppertal
Tel.: 0202 / 7580090
www.agentursozial.de

VORGESTELLT: UDO SCHRAMM, DER NEUE IM FRAKTIONSBIÜRO

Die Daten: Referent in der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Diplom-Sozialwissenschaftler, 56 Jahre alt, verheiratet, eine Tochter.

Seit dem 1. August bis Du hier im GRÜNEN Fraktionsbüro im Rathaus Barmen, was machst Du so als Fraktionsmitarbeiter?

Mein Schwerpunkt ist die Unterstützung der GRÜNEN Ratsmitglieder und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in ihrer täglichen politischen Arbeit. Die Stadtverordneten üben alle ihr Mandat neben ihren eigentlichen Beruf aus.

Da ist es notwendig, dass der „rote (GRÜNE?) Faden“ für die Fraktion von uns drei Mitarbeitenden im Fraktionsbüro gehalten wird.

Wir haben unsere Zuständigkeit nach den Fachausschüssen aufgeteilt. Ich bin für die Zuarbeit im Bereich Stadt-



entwicklung, Wirtschaft, Bauen, für den Ausschuss Finanzen und Beteiligungssteuerung und den Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW zuständig. Und wenn Fragen bei den städtischen Betrieben aufkommen, bin ich auch dabei.

Also ein weites Feld von Finanzen über Wirtschaft, städtischen Beteiligungen bis hin zur Stadtentwicklung und Stadtwerken. Was hast Du denn vorher gemacht, im Studium hast Du es ja nicht gelernt, oder?

Da muss ich etwas von „meiner Geschichte“ erzählen. Ende der 70er

bis Mitte der 80er Jahre habe ich Physik, Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften in Köln und Bochum studiert. Das war zu der Zeit, als viele nach handfesten Alternativen suchten. Und ein Ergebnis war 1980 die Gründung der GRÜNEN Partei.

Über die politische Arbeit in einer Friedensinitiative in einem unruhigen Stadtteil von Bochum kam ich 1984 in die Bezirksvertretung Bochum-Süd und später in Bochum-Südwest. Da habe ich die städtische Verwaltung und die finanziellen Probleme einer Kommune im Strukturwandel hautnah mitbekommen.

Mein Ziel war und ist die Verbindung von ökologischem und politischem Handeln im Alltag. Deshalb baute ich nach meinem Studium am Umbau mehrerer alte Industriegebäude zu einem Gewerbehof mit.

Zum Glück bekamen wir für den ökolo-

gischen Umbau und die Schaffung von 100 (neuen) Arbeitsplätzen eine Förderung von der EU und mussten nur 1/3 der Kosten selber stemmen. Das alles geschah in selbstorganisierten Strukturen, das heißt Firmengründungen, Konfliktbewältigung, Baumanagement, rigoroses Finanzmanagement und vieles mehr. Anschließend war es für mich ein Leichtes, andere Firmen bei der Bewältigung von internen Problemen zu beraten. Natürlich habe ich mich auch immer fortgebildet, zum Beispiel in systemischer Therapie, NLP, Transaktionsanalyse und Systemaufstellung.

Und warum jetzt der Wechsel?

Ich war jetzt 18 Jahre mehr oder weniger als Berater selbstständig, oft ohne die direkte Verbindung von Politik und Ökologie. Als ich die Stellenausschreibung sah, da dachte ich, die ist für mich geschrieben und hier bin ich.

RATSCHRONIK NOVEMBER

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Die Verwaltung legte dem Rat eine Resolution des Städtetages zu der von der Bundesregierung geplanten Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vor. Das neue Abfallrecht würde dazu führen, dass die finanziell lukrativen Teile der Abfallentsorgung privatisiert werden und die teure Restmüllentsorgung in den Händen der öffentlichen Hand bleibt. Abfallentsorgung ist jedoch eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, die deshalb komplett in die kommunale Hand gehört. Bis auf einen Satz war die GRÜNE Fraktion mit dem Resolutionstext einverstanden. Im Gegensatz zum Städtetag sprechen sich die GRÜNEN für eine flächendeckende Sammlung von Bioabfällen aus, so wie es auch die EU-Abfallrahmenrichtlinie vorsieht. Der Antrag auf Streichung des entsprechenden Satzes in der Resolution wurde von CDU und SPD abgelehnt.

Personalentwicklungskonzept

Schon für die Septembersitzung des Rates beantragte die GRÜNE Fraktion

ein Personalkonzept für die geplante Einsparung von 500 Stellen innerhalb der Stadtverwaltung bis 2014. Nach Auffassung der GRÜNEN wird eine strategische Personalentwicklung, die die Entwicklung der Stadt mitberücksichtigt, benötigt anstelle einer „rigiden Personaleinsparpolitik“ der Verwaltungsspitze. Der Fraktionsvorsitzende Peter Vorsteher verwies auf einen neuen Mitstreiter: der Remscheider CDU-Fraktionsvorsitzende ist gleichzeitig persönlicher Referent des Wuppertaler OB Jung und fordert in Remscheid ein Konzept, das glatt von den GRÜNEN abgeschrieben sein könnte. Die Mehrheit der Wuppertaler CDU und SPD aber lehnte den GRÜNEN Antrag ab.

Anfrage Massentieranlage am Fettenberger Weg

Die GRÜNE Ratsfraktion erkundigte sich in der Ratssitzung am 15.11.2010, wieso Legehennen bereits eingestallt wurden, obwohl noch keine Nutzungsgenehmigung erteilt war. Die Fraktion konnte leider nicht durchsetzen, wenigstens einen Teil der Anfrage in öffent-

licher Sitzung zu behandeln. CDU und SPD pochten auf Ausschluss der Öffentlichkeit mit Hinweis auf ein laufendes Verfahren und zu schützender Persönlichkeitsrechte. Für die GRÜNEN war die Argumentation kaum nachvollziehbar, z.B. die Frage, wie viele Hennen eingestallt wurden, scheint uns außerordentlich unverdächtig.

Kosten der Unterkunft

In der Finanzausschusssitzung am 9. November beantragte die GRÜNE Ratsfraktion eine Prüfung, ob die bisherige Berechnung der städtischen Mietkostenzahlungen bzw. Kosten der Unterkunft an Berechtigte verändert werden kann. Die GRÜNEN wollen erreichen, dass Zuschüsse auch für energetisch sanierte Wohnungen gewährt werden können. Die Nebenkosten von energetisch sanierten Wohnungen sind niedriger, die Kaltmieten jedoch höher, die Miete insgesamt muss also nicht höher sein als bei unsanierten Häusern. Selten, aber doch geschehen: die Mitglieder des Finanzausschusses stimmten diesem GRÜNEN Antrag zu, die Verwaltung wird prüfen.

LICHTERAKTION AM RATHAUS



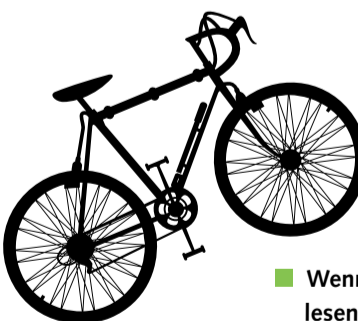
Foto: Privat

Nein zu Gewalt an Frauen

Jedes Jahr ist am 25. November der internationale Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“.

In Wuppertal lud der Dachverband autonomer Frauenprojekte, bestehend aus FrauenNotruf e.V., Frauenberatung & Selbsthilfe e.V., Frauen helfen Frauen e.V., gemeinsam zu einer Aktion am Rathaus Barmen nach dem Motto „Ein

Licht für jede von Gewalt betroffene Frau“ ein. Durch das Anzünden einer Kerze konnten alle TeilnehmerInnen ihre Solidarität mit misshandelten und von Gewalt betroffenen Frauen zeigen. Studien belegen, dass jede fünfte in Deutschland lebende Frau mindestens einmal Opfer von Gewalt wird. Mit dieser Aktion sollte dazu beigetragen werden, das Thema Gewalt gegen Frauen aus der Tabuzone zu holen.



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ WAS TUN MIT ALTEN ELEKTRONISCHEN GERÄTEN?

Wegwerfen, Neukauf oder Reparatur



Foto: Frank Radel, Pixelio

Große und kleine Haushaltsgeräte geben irgendwann ihren Geist auf. Egal ob Kühlgeräte, Waschmaschinen, Staubsauger, Bügeleisen, Computer, Hi-Fi-Anlagen oder Handys, sie alle gehören nicht in den Restmüll, sondern

müssen bei den kommunalen Recyclingstellen abgegeben werden. Fragen Sie doch einfach beim Neukauf Ihres Gerätes, ob der Händler ihr altes entgegen nimmt. Bevor Sie sich von Ihrem alten Gerät trennen, können Sie sich erkundigen, ob sich eine Reparatur noch lohnt. So fällt weniger Müll an und Sie können auch noch Geld sparen.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

grün^W
Keiner wie wir.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Nadja Shafik, Ilona Schäfer, Udo Schramm, Marc Schulz

Gastbeiträge und Kommentare:
Gottfried Paul-Römer, AgenturSozial
Kalle Waldinger, Begründer des Ronsdorfer Rockprojektes
GRÜNE Hochschulgruppe, Katharina Gührs

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz und Gestaltung: werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Druck: taldruck, Friedrich-Engels-Allee 161a, 42285 Wuppertal

Auflage: 17.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg, Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Die Abgabe ist kostenlos!